

↓ EMPFEHLUNGEN

F

24

1 Auf Waffenruhe und humanitäre Versorgung in Gaza drängen Eine politische Lösung des Konflikts bleibt langfristig das Ziel. Doch zuerst muss die VN-Resolution 2728 umgesetzt werden, um die humanitäre Versorgung zu ermöglichen, Zivilist:innen zu schützen und die Geiseln zu befreien. Das VN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) muss gerade in Gaza wieder unterstützt werden.

2 Sicherheit von Israel:innen und Palästinenser:innen gewährleisten Deutschland und die Europäische Union (EU) sollten helfen, die Sicherheit von Israel:innen und Palästinenser:innen zu gewährleisten. Kurzfristig könnte eine internationale Mission in Gaza für Sicherheit sorgen, langfristig braucht es diplomatische Initiativen für Verhandlungen.

3 Wiederaufbau und kontrollierte Öffnung Gazas Nach Kriegsende muss sich Deutschland für eine Rehabilitation der Lebensgrundlagen in Gaza einsetzen. Wiederaufbau funktioniert nur mit einem Ende der Blockade. Die EU sollte die Grenzsicherung unterstützen, um freien Güter- und Personenverkehr zu gewährleisten.

4 Einsatz für gleiche Rechte und Frieden fördern Die israelische Besatzung des Westjordanlandes hat eine Einstaatenrealität geschaffen, in der Palästinenser:innen Bürger- und Menschenrechte verweigert werden. Kräfte in der palästinensischen und israelischen Gesellschaft, die sich für gleiche Rechte und Aussöhnung einsetzen, sollten unterstützt werden.

5 Legitimität palästinensischer Institutionen befördern Die Palästinensische Autonomiebehörde hat massiv an Unterstützung eingebüßt.

Nur eine demokratisch legitimierte Vertretung kann ein glaubhafter Partner in Verhandlungen sein. Deutschland sollte auf dem Weg dahin die Staatlichkeit Palästinas anerkennen.

6 Regionalmächte einbeziehen Die Bundesregierung sollte nicht einseitig Regionalmächte unterstützen. Das kann Rivalitäten wie die zwischen Saudi-Arabien und dem Iran verschärfen und die Eskalationsgefahr erhöhen. Es gilt, Gespräche mit allen Regionalmächten zu führen und Initiativen für die Stabilisierung des Gazastreifens zu unterstützen.

7 Waffenlieferungen aussetzen Die Bundesregierung darf gemäß Waffenhandelsvertrag (ATT) keinen Waffenlieferungen zustimmen, wenn ein „überwiegendes Risiko“ besteht, dass diese humanitäres Völkerrecht oder Menschenrechte untergraben. Ein solches Risiko besteht aktuell in Gaza. Der ATT muss für Israel und alle Empfängerstaaten in der Region Anwendung finden.

8 Institutionen des Völkerrechts stärken Deutschland und die EU sollten Akteur:innen und Verfahren unterstützen, die ein Ende der Straflosigkeit für Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen im israelisch-palästinensischen Konflikt auf beiden Seiten anstreben. Sie sollten die Ermittlungen internationaler Gerichtshöfe unterstützen und deren Entscheidungen achten.

9 Maßnahmen gegen Siedlungspolitik ergreifen Die USA haben bereits Sanktionen gegen einzelne Siedler:innen verhängt, auch die EU will dies tun. Deutschland und die EU sollten weitere wirksame Maßnahmen ergreifen.